

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 377.16 / 08.09.2016**

## Kita-Eltern zahlen in Schleswig-Holstein bundesweit noch am meisten

Zur mündlichen Anhörung des Sozialausschusses zum Kita-Geld erklärt die kitapolitische Sprecherin, **Anke Erdmann**:

Die Kommunen übernehmen den größten Anteil bei der Kita-Finanzierung, aber auch die freien Träger, Eltern, Kreise, Land und Bund tragen in unterschiedlichen Maße zur Finanzierung der Kitas bei. Dass Kreise, Kommunen und die freien Träger möchten, dass sie die zusätzlichen Mittel bekommen, ist verständlich. Wofür diese Mittel verwendet werden sollen, war aber auch in der Anhörung des Sozialausschusses nicht einvernehmlich. Während die Kommunen in erster Linie erhöhte Zuschüsse zur finanziellen Entlastung möchten, setzen sich Träger und z.B. die GEW für weitere Qualitätsverbesserungen ein. Dass diese Grundsatzfrage, wer von den unterschiedlichen Akteuren der Kita-Finanzierung nun profitieren soll, sehr unterschiedlich gesehen wird, überrascht nicht, ist sogar verständlich.

Aber vor dem Hintergrund, dass das Land im Laufe dieser Legislaturperiode neben einer massiven Steigerung der Betriebskostenzuschüsse auch Qualitätssteigerungen (von circa hundert auf zweihundert Mio. Euro pro Jahr) beschlossen hat – ist klar:

Jetzt müssen auch Eltern entlastet werden – und zwar da, wo die Gebühren in der Regel am meisten drücken: In der Krippe! Das wurde durch die eindrücklichen Ausführungen des Kinderschutzbundes in der Anhörung noch einmal ganz deutlich.

Eltern in Schleswig-Holstein zahlen bundesweit die zweithöchsten Beiträge, das hat die Bertelsmann Stiftung errechnet. Auch wenn die Elternbeiträge sehr unterschiedlich von Ort zu Ort sind, von sehr moderaten bis zu extrem hohen Gebühren, brauchen wir jetzt eine Erleichterung für die Familien.

Erfreulich sind die Signale von Seiten der kommunalen Spitzenverbände, dass Bereitschaft zu einer transparenten Neuordnung der Finanzierung besteht. Eine Neuordnung

der Finanzen und eine weitere Entlastung von Kommunen müssen miteinander einhergehen.

\*\*\*